

# U K R A I N E

## Verfaulte Orangen<sup>1</sup>

### Wanderzirkus der Demokratie

KIEW, ENDE APRIL 2006<sup>2</sup>

»Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden«, so argumentiert Zbigniew **Brzezinski** in seinem Buch »**The Grand Chessboard**«. <sup>3</sup> Drückt er damit eine objektive Feststellung oder eine politische Wunschvorstellung aus? Gewiß, Brzezinski verfügt seit dem Ausscheiden Carters aus dem Präsidentenamt über keinen unmittelbaren Einfluß mehr auf die Entscheidungen des Weißen Hauses, und die polnische Abstammung erklärt seine antirussische Grundhaltung. Angesichts der subversiven Manipulationen, der robusten Einmischung, die heute die US-Politik gegenüber Kiew charakterisiert, stellt sich jedoch die Frage, ob die engste Umgebung George W. Bushs – Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld** zumal – nicht die gleiche Verdrängungspolitik betreibt, die Brzezinski ihnen vorgab.

Da stehe ich also auf dein »Meidan«, dem Hauptplatz von Kiew. Der Name leitet sich aus dem Arabischen ab. Diese großzügige Esplanade ist von repräsentativen Stalin-Bauten umgeben. Das herrliche Frühlingswetter hat zahlreiche Bummeler auf den Meidan gelockt. Liebespaare umarmen sich auf den Bänken. Diese euphorische Stimmung täuscht eine Zufriedenheit und Sorglosigkeit vor, die denn Zustand des Landes in keiner Weise entsprechen. Laut internationaler Statistik befindet sich die Ukraine – nach Albanien und Moldova – auf Platz drei der korruptesten europäischen Staaten. Ein Drittel der [384/385] unter der Armutsgrenze. Die Inflationsrate ist in den letzten Monaten bedrohlich angestiegen. Im »Freiheitsjahr« 2005, das vom Westen so überschwenglich gefeiert wurde, schrumpfte

---

<sup>1</sup> **Peter Scholl-Latour, Russland im Zangengriff** - Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam

Propyläen- Verlag, Ullstein-Gruppe, Berlin 2006

Der Auszug enthält die Seiten 384-397, daran schließt sich ein Kapitel „Patriarchen und Oligarchen“ (Seite 398-407) an - und ein Schlusskapitel „**Noch 300 Kilometer bis Stalingrad**“ an, die hier überwiegend nicht wiedergegeben werden. Das Buch Peter Scholl-Latours enthält eine Fülle von Informationen, die mit diesem Auszug nur zum kleinsten Teil dargestellt sind. Es beweist, daß Rußland vom Westen, speziell von den USA gezielt betrogen wurde und - wie man heute acht Jahre nach Erscheinen des Buches ergänzen muß- wird.

In den von mir ausgewählten Auszügen sind nur die Hervorhebungen und Fußnoten von mir, ansonsten ist der gesamte Text von Scholl-Latour.

Zwei weitere Textpassagen gebe ich hier noch wieder:

1. Besuch im Amerika-Haus in Moskau, Ende März 2006, Peter Scholl-Latour, a.a.O., S. 155- 157

2. Warum wir Europäer, speziell wir Deutsche - für die Amerikaner den Wirtschaftskrieg gegen Russland führen sollen, Peter **Scholl-Latour**, erläutert das in seinem Buch unter der Überschrift „Die Nato drängt nach Osten“. Peter **Scholl-Latour**, a. a. O. Seite 180- 185

Hans Gellhardt

<sup>2</sup> Den Film von Peter Scholl-Latour, 2006 für das ZDF produziert, kann man unter Youtube sehen:

<http://www.youtube.com/watch?v=2DstVufWpRg>

<sup>3</sup> Zbigniew **Brzezinski**, **Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft**, Fischer - Verlag 2001, im internet als pdf unter: <http://globale-evolution.net/images/media/316.pdf>

das Wirtschaftswachstum auf 2,6 Prozent, während es im Vorjahr noch 12,5 Prozent betrug. Die Tendenz für 2006 zeigt weiter nach unten, auf spärliche 0,9 Prozent. Die Lohnskala bewegt sich zwischen achtzig und 160 Euro im Monat. Statistiken über Preisanstieg und Arbeitslosigkeit sind oft unzuverlässig, aber eines ist sicher: Überall findet eine drastische Verschlechterung statt. Die Ernüchterung nach der Orange-Revolution von Kiew ist längst bei der Masse der Bevölkerung in Depression umgeschlagen. Nicht einmal zu Ausbrüchen von Wut und Volkszorn reicht es mehr.

Nichts ist wohl trauriger als das Sterben einer großen politischen Hoffnung. Nichts ist ernüchternder als die Feststellung, **daß ein freiheitlicher Aufbruch der Massen sich nachträglich als das Produkt ferngesteuerter, betrügerischer Einmischung erweist**. Während ich an irgendeiner goldverzierten Säule vorbeigehe, die – wenn ich mich recht erinnere – die Deklaration der ukrainischen Unabhängigkeit vor etwa fünfzehn Jahren zelebriert, drängen sich mir die Fernsbilder aus dem Winter 2004 auf. Da war das Pflaster des Meidan gar nicht zu erkennen, so komplett war es mit orangefarbenen Bannern zugedeckt, die von Hunderttausenden begeisterter Demonstranten geschwenkt wurden. Sie protestierten gegen die gefälschten Resultate der letzten Präsidentenwahl und verlangten einen neuen, dieses Mal fairen Urnengang.

Auf der Rednertribüne leuchteten im Scheinwerferlicht die beiden Heilsgestalten der Orange-Revolution wie in religiöser Verklärung auf. Der Führer der Oppositionsbewegung »Nascha Ukrajina«, Viktor Juschtschenko, faszinierte das Publikum mit seinem durch einen angeblichen Vergiftungsanschlag verwüsteten Gesicht. Neben ihm strahlte wie eine Siegesgöttin die leidenschaftliche Politikerin Julia Timoschenko. Die schöne Ukrainerin hatte nach Landesart die blonden Zöpfe zu einer Krone um ihren Kopf gewunden und gemahnte in ihrem populistischen Eifer an die argentinische Präsidentengattin Eva Peron, die seinerzeit auf ihre proletarischen Anhänger, die »Descamisados«, eine unwiderstehliche Anziehung ausübte.

[385/386]

Die Welt huldigte in fast einstimmiger Bewunderung diesem Aufbäumen einer jungen osteuropäischen Nation, die nicht nur die Fesseln der eigenen Despoten und Ausbeuter, sondern vor allem auch die Bevormundung durch die Putin-Mannschaft im Moskauer Kreml abschütteln wollte. War es nicht ein Wunder, daß diese gewaltige Menge – ohne ein Zeichen von Nachgiebigkeit und Schwäche – nächtelang im klirrenden Frost und ohne angemessene Versorgung ausharrte, um ihren hohen Idealen zum Durchbruch zu verhelfen?

Die Kameras der westlichen TV-Stationen vermieden es seltsamerweise, die immense Ansammlung von 1500 geheizten Zelten zu filmen, in denen warme Nahrung kostenlos ausgeteilt wurde. Die Reporter hüteten sich damals, die dubiosen Schattenaktivitäten, den gewaltigen Finanzaufwand zu erwähnen, der bis zur aktiven Bestechung reichte, aber dem organisierten Taumel das Rückgrat stärkte. Der Zeitungsleser – vom Fernsehkonsumenten ganz zu schweigen, der von solchen Hintergrundinformationen ausgeschlossen blieb – brauchte etliche Monate, um durch die Berichte renommierter Printmedien auf ausführliche und vorbildliche Weise über die Machenschaften amerikanischer Spender-Organisationen – Institute, Foundations und Regierungsstellen – informiert zu werden, die ihre subversive Einmischung gar nicht zu kaschieren suchten. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man auch von dem, was der »Spiegel« die »Revolutions-GmbH« nannte – ein Verfügungstrupp internationaler Umstürzler, der den amerikanischen Geheimdiensten zur Beseitigung mißliebiger Regime zur Verfügung steht.

Es ist aufschlußreich für die Zaghaftheit, die »political correctness« einer großen deutschen Zeitung, daß sie die lückenlose Auflistung der Verschwörerzellen, der noch zahllose »nongovernment organisations« jeder Couleur hinzuzufügen wären und die einen betrüblichen Eindruck von den Methoden amerikanischer Brachial-Diplomatie vermittelt, mit der Einleitung versah: »Bis heute wollen die Stimmen nicht verstummen, die in der Orange-Revolution, mit der im November 2004 das Kutschma-Regime gestürzt wurde, eine Machenschaft des Westens, vor allein der Vereinigten Staaten von Amerika sehen. Doch bisher hielt [386/387] keines der für diese These vorgebrachten Argumente einer Überprüfung an

den Orten des Geschehens stand.«

In Wirklichkeit verfügt man bei der Lektüre des Artikels von **Konrad Schuller**<sup>4</sup> über jene präzisen Fakten, die die amerikanische Steuerung und Finanzierung der Orange-Revolution **lückenlos belegen**, die das Bild einer krassen fremden Intervention unter Mißachtung aller überlieferten Souveränitätsrechte malen. Der Autor beendet seinen hervorragenden Beitrag mit einem Satz, über dessen Hintergründigkeit man lange nachdenken sollte: »Die stolzesten Trophäen dieser Methode waren bisher die Tyrannenstürze von Serbien und Georgien. Erst im Winter 2004, während das amerikanische Militär, der Hauptkonkurrent in der Branche >Demokratie-Export<, im Irak immer noch die täglichen Opfer zählte, ist das Meisterstück hinzugekommen: Die Orange-Revolution der Ukraine.« Der Artikel ist vom 21. September 2005 datiert, und man kann seinem Verfasser schwerlich anlasten, daß er das Wort »**Demokratie-Export**«, damals im Zusammenhang mit dem Irak erwähnt oder daß er die orangefarbene Volkserhebung, die inzwischen zerbrochen und gescheitert ist, als »**Meisterstück**« darstellt.

Es macht also Sinn, daß ich dieses Buch mit einem ausführlichen Kapitel über das autoritäre Regime Alexander Lukaschenkos in Belarus begonnen habe. Gegen ihn waren ja die gleichen massiven Batterien in Stellung gebracht worden, und die semiprofessionellen »Stoßtrupps der Freiheit«, die sich in Kiew unter dein Namen »Prora« als Einpeitscher bewährten, waren auch in Minsk unter dem Codewort »Subr« einsatzbereit. Nur war Lukaschenko vorgewarnt. Er hatte das Vorgehen seiner Gegner am ukrainischen Präzedenzfall sorgfältig studiert und sie geschmeidig ausgetrickst.

Der orangefarbene Traum gehört bereits der Vergangenheit an. Seine Märchenfiguren – juschtschenko und Timoschenko – stehen sich in Todfeindschaft gegenüber und werfen sich die Namen jener »Oligarchen« an den Kopf, die als ihre jeweiligen Protektoren agieren. Dennoch lohnt es sich, eine kurze Skizze der undurchdringlichen Kanäle zu entwerfen, die den »heißen Winter« von Kiew ermöglichten. Sie weisen fast ausschließlich über den [387/388] Atlantik. Bei meinen Kontakten in der ukrainischen Hauptstadt und später im Donbas habe ich keine Mühe gescheut, eine Bestätigung für meine Vorbehalte zu finden, sei es im »Internationalen Institut für humanitäre und politische Studien«, im »Consortium Industrial Group«, bei »Salon Media Press«, beim Zentrum für politische Studien »Penta«, vor allem aber auch in der Umgebung des mächtigsten und interessantesten Oligarchen Rinat **Achmetow** in Donezk.

Wie viele Hundertmillionen US-Dollar in das Unternehmen Ukraine geflossen sind, wird wohl nie publiziert werden. Allein vom State Department wurden 65 Millionen an diverse Behörden und Auftragsfirmen verteilt. An der Spitze steht die Hilfsorganisation US-AID, die für ihre humanitären Aktionen bekannt ist, von Insidern jedoch längst als wirksames Instrument der CIA entlarvt wurde. Dazu gesellt sich die Stiftung »Freedom House«, die weltweit operiert und, wie der Planungsstab von »Eurasia«, engen Kontakt zu den Nachrichtendiensten pflegt. Die großen Parteien der USA hatten ebenfalls das orangefarbene Banner geißt. Für die Demokraten trat das »National Democratic Institute« als Sponsor auf, das unter dem Vorsitz von Madeleine Albright, der ehemaligen Außenministerin Bill Clintons, tätig ist. Diese energische Diplomatin genießt seit dem Kosovokrieg – »*Madeleine Albright's' War*« – keine ungeteilte Bewunderung mehr. Die Republikanische Partei schickte das »International

---

<sup>4</sup> Diese alten Beobachtungen Peter Scholl-Latours, auch über Wesen und Unwesen der Oligarchen haben an Aktualität nicht eingebüßt, es sind dieselben Namen vgl. z.B.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/ukraine-neue-kiewer-fuehrung-sucht-buendnis-mit-oligarchen-12830100.html> oder:

<http://www.faz.net/aktuell/krim-krise-reiche-ukrainer-unterstuetzen-kiew-12837785.html>

Revolutions-Unterstützer Achmetow Rettet dieser Oligarch den Osten?

08.03.2014 · Er ist der reichste Mann der Ukraine. Rinat Achmetow beherrscht das Donbass und hat beste Kontakte nach Russland. Aber eine Abspaltung der Region läuft seinen Interessen zuwider. Von Konrad Schuller, Donezk

Republican Institute« ins Rennen.

Als besonders engagierter Verfechter einer handfesten Ost- und **illusorischen** Demokratisierungspolitik tat sich der ansonsten gemäßigte und tolerante **Senator McCain** hervor. »National Endowment for Democracy« heißt eine einschlägige Emanation des US-Außenministeriums, dem wichtige Koordinationsaufgaben zufielen, während die »Foundation« des **Milliardärs George Soros** allen Intrigen und finanziell abgepolsterten Pressionen die Krone aufsetzte. Dieser aus Ungarn gebürtige Finanzmagnat hat sich, wie es scheint, mit spielerischer Freude auf eine weltumspannende Pokerpartie eingelassen, die extrem gewagt, aber am Ende stets gewinnbringend ausgetragen wird. Unter den Strippenziehern dieses Konglomerats von offiziellen Stiftungen und [388/389] Instituten finden sich neben Albright andere illustre Namen wie Lawrence **Eagleburger**, Außenminister unter Präsident Bush senior, Wesley Clark, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber, James R. Woolsey, ehemaliger Geheimdienst-Beauftragter und sogar der unablässig zitierte Politologe **Samuel Huntington**. In Kiew wurden mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit auch andere Namen genannt.

Tatsache ist, daß die Fäden in der amerikanischen Botschaft zusammenliefen, daß die Europäer, insbesondere auch die **Diplomatische Vertretung** der Bundesrepublik Deutschland in Abstimmung mit der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« an dem Regimewechsel **aktiv beteiligt** waren. Der noch amtierende Staatschef Kutschma wurde aus Washington unter Androhung der Veröffentlichung von extrem peinlichen Bestechungsaffären unter Druck gesetzt. Eine ganze Serie von Fernseh- und Radiosendern wurde in den Dienst der Revolution gestellt. Es heißt sogar, George Soros habe für alle Fälle den Kern einer eingriffsbereiten Miliz gebildet. Propaganda-Flugblätter und -Broschüren wurden in Millionenaufgaben gedruckt. An unentschlossene Wählergruppen sollen sogar Handgelder in bar ausgezahlt worden sein, wie das in so vielen Ländern der Dritten Welt üblich ist. Wenn also behauptet wird, die These einer Intervention der USA sei »widerlegt«, so fehlte offenbar nur noch die Landung von schwerbewaffneten Einheiten der US-Marines, um das Bild komplett zu machen.

Angesichts eines solch gewaltigen Aufwandes und des kläglichen Resultats kann man sich einer gewissen Erheiterung nicht erwehren, die mit Schadenfreude nichts zu tun hat. Dazu ist die Angelegenheit viel zu ernst, denn hier wurde eine **Form der flagranten Einmischung** in fremde Angelegenheiten praktiziert, die ja nicht auf ein oder zwei Einzelfälle begrenzt ist, sondern – um zunächst nur diese Beispiele zu nennen – in der näheren Umgebung der USA, in den Zwergstaaten Mittelamerikas und der Karibik, in Nicaragua, Panama, Honduras, El Salvador, Haiti und anderen mehr, zur Routine gehört. Meine erste Erfahrung dort hatte ich als junger Mann im Jahr 1953 gemacht, als in Guatemala die von Amerika aufgestellten »Konterrevolutionäre« den demo- [389/390]kratisch gewählten Präsidenten Jacobo Arbenz ins Visier nahmen, dessen soziale und progressistische Regierungslinie mit den Interessen der »United Fruit« nicht zu vereinbaren war.

Es war Viktor Juschtschenko gelungen, die Annullierung der gefälschten Wahl vom 21. November 2004 durchzusetzen, die seinem prorussischen Gegner Viktor Janukowitsch bereits die Präsidentschaft zugesprochen hatte. In einer neuen Volksbefragung wurde er am 26. Dezember 2004 als Staatsoberhaupt plebiszitiert. Doch dann setzte ein heillooses Durcheinander ein, bei dem die diskreten Hintermänner, dieses Mal nicht US-Diplomaten und zwielichtige NGOs, ihre Ansprüche durchsetzten, sondern die Oligarchen, **die Liga der Milliardäre**, die nicht gewillt war, ihre finanzielle und politische Kontrolle über die Republik preiszugeben. Das fiel ihnen relativ leicht, weil ihre wichtigsten Repräsentanten als Abgeordnete der »Rada« von Kiew politische Immunität genießen. Der neue Saubermann Juschtschenko war seit eh und je auf seine eigenen Finanziere angewiesen, darunter der »Schokoladenkönig« Petro Poroschenko, während Julia Timoschenko, die ukrainische Evita Perón, von ihren Widersachern als »Gasprinzessin« verspottet wird.

Auf dem Meidan werden heute noch ein paar orangefarbene Tücher als Souvenirs für Touristen verkauft. Überall prangen noch die Plakate der Parlamentswahl vom 26. März 2006, allen voran natürlich »Nascha Ukrajina« mit dem lädierten Gesicht des Präsidenten, direkt gefolgt vom »Block Julia«, dessen Kandidatin durch eine Rose symbolisiert wird. Die dritte große Kraft in diesem Wettbewerb, die »Partei der Regionen«, deren Chef Janukowitsch nach seinem gescheiterten Anlauf zur Präsidentschaft jetzt das Amt des Premierministers anstrebt, schien propagandistisch ins Hintertreffen geraten zu sein.

Bei der Auszählung der Stimmen, die unter strenger internationaler Kontrolle stattfand, offenbarte sich jedoch ein Ergebnis, das alle Aktivisten, alle Spender und obskuren Hintermänner der Orange-Revolution erbleichen ließ. Die als prorussisch geltende [390/391] »Partei der Regionen« lag mit 32 Prozentweit an der Spitze, der »Block Julia« folgte mit 23 Prozent, während »Unsere Ukraine« des Staatshaupts Juschtschenko sich mit kümmerlichen dreizehn Prozent begnügen mußte. Die Sozialisten brachten es auf sechs Prozent, während die Kommunisten mit 3,6 Prozent zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. An Janukowitsch, dem angeblichen »Trojanischen Pferd« Wladimir Putins, kommt man also nicht vorbei.

In den endlosen Wochen interner Zwistigkeiten und Gehässigkeiten zwischen den beiden Helden der Revolution wurde in der Bevölkerung der Überdruß an der jüngsten Entwicklung, an der Monopolstellung der allmächtigen Konzernherren immer stärker. Von Juschtschenko hatte man erwartet, daß er mit jakobinischer Strenge gegen die Fäulnis der Republik vorgehen würde. Aber dafür war er nicht der richtige Mann. Die schöne Julia, die sich einst an der Verschleuderung des Staatsbesitzes, vor allem auf dein Energiesektor, angeblich mit großem persönlichen Profit beteiligt hatte – es war in Kiew und Donezk unter den Präsidenten Krawtschuk und Kutschma ebenso skandalös zugegangen wie in Rußland unter Gorbatschow und Jelzin –, tat sich vor allein mit ihrem Programm der »Deprivatisazija« hervor. Dieses Zauberwort sollte den stets betrogenen Massen vorgaukeln, die betrügerischen Privatisierungsgeschäfte, die Raubzüge der neunziger Jahre würden rückgängig gemacht werden. Julia Timoschenko hatte 3000 Unternehmen für diesen recht demagogischen Entwurf aufgelistet, während Juschtschenko die Zahl auf dreißig reduzierte. Ein Kompromiß war da schlecht vorstellbar. Zudem wußte jedermann, daß die Rückführung der zu Spottpreisen erworbenen Betriebe und Konzerne unter staatliche Regie – Deprivatisierung genannt – in Kürze einer neuen Privatisierung Platz machen würde, die sich **dieses Mal** strikt an die Regeln von Angebot und Nachfrage halten sollte. Eine solche Bekehrung zur Tugend traut jedoch kein einziger Ukrainer weder der Clique von einheimischen Milliardären noch den bestechlichen Politikern zu.

Der relative Wahlerfolg Julia Timoschenkos ist nur der Tatsache zu verdanken, daß diese neokapitalistische »Passionaria«, deren persönliches Verhältnis zu Putin durch Gerichtsverfahren belastet [391/392] ist, ihre Anhängerschaft in der Westukraine, im ehemals österreichischen Ost-Galizien findet, in der Hochburg des ukrainischen Nationalismus. Dort herrscht die mit Rom unierte griechisch-katholische Kirche vor, die nach der Eroberung Lembergs durch die Rote Armee Stalins aufgelöst und schrecklichen Verfolgungen ausgesetzt war. Diese Westukraine ist heute die armseligste, notleidende Region der Republik. Der Durchschnittslohn beträgt weniger als fünfzig Euro. Alte Frauen kauern in Scharen auf dein Pflaster von Lviv, wie **Lemberg** heute heißt, um zu betteln oder ein paar armselige Agrarprodukte feilzuhalten. Längs der Westgrenze zu Polen liegt die Arbeitslosigkeit bei sechzig Prozent, so daß sich viele ostgalizische Frauen in Rußland als miserabel bezahlte Haushaltskräfte verdingen. Trotzdem sitzt **der Russenhaß** in Ost-Galizien so tief, daß die plutokratischen Allüren der »Gasprinzessin« ihr den Zuspruch an den Urnen nicht verwehreten.

Schon zeichnete sich ab, daß der »Wahlfälscher« Janukowitsch die besten Chancen besaß, der nächste Regierungschef zu werden, eine Funktion, die infolge einer Verfassungsänderung im Verhältnis zum Präsidenten stark aufgewertet wurde. Es ist so ziemlich ich alles schiefgegangen bei dieser enthusiastisch gefeierten Orange-Inszenierung, mit der einzigen Ausnahme vielleicht, daß die Unabhängigkeit der Ukraine, die bislang noch nicht gefestigt schien, nunmehr gesichert sein dürfte. Auch die Russophilen denken mehrheitlich nicht daran, ihre Eigenständigkeit gegen eine neue

Abhängigkeit von Moskau einzutauschen. Neben den »Libertäten«, die das gewaltige Aufgebot an Geld und Propaganda in Kiew zu fördern vorgab, verfolgte Washington natürlich, wie sich bei Brzezinski nachlesen läßt, noch ganz andere strategische Ziele. Washington hatte mit Viktor Juschtschenko, dessen Frau gebürtige Amerikanerin ist, vereinbart, daß die Ukraine spätestens im Jahr 2010 der NATO beitreten würde. Dieses Vorhaben entspricht zwar nicht dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit, die weit stärker auf eine Aufnahme in die Europäische Union ausgerichtet ist, aber es fügte sich nahtlos in jenen Kurs der Osterweiterung, den die Planer des Pentagon – aus welchen Gründen auch immer – auf breiter Front verfolgen.

392/393

Welchen Nutzen versprach man sich davon, Rußland hinter die Wolga zurückzutreiben? Die vorbereitenden Maßnahmen für die Integration der Ukraine in die Atlantische Allianz sind – unabhängig vom Wahlergebnis – längst im Gange. Die ukrainische Armee wird mit Hilfe von amerikanischen und auch einigen deutschen Offizieren auf NATO-Standard umgestellt. Eine Debatte über dieses höchst kritische Engagement hat im Deutschen Bundestag nie stattgefunden. Andererseits ist die Ukraine mit einem bescheidenen Kontingent im irakischen Kriegseinsatz innerhalb der »Koalition der Willigen« präsent. Der bisherige deutsche Botschafter in Kiew, der nach seiner Pensionierung die Rolle eines persönlichen Beraters Präsident Juschtschenkos wahrnehmen sollte, war offenbar auf den voreiligen Expansionskurs der Bush-Administration eingeschworen. Im Hotel Radisson, wo ich logiere, begegnen mir jene sportlichen, gar nicht unsympathischen Gestalten in Zivil, die mir aus Vietnam und dem Orient so vertraut sind und die man als »quiet Americans« bezeichnen möchte. Abgetaucht nach dem Fiasko der Orange-Revolution ist hingegen jener Wanderzirkus von Berufssagitatoren, der aktive Kern der »Revolutions-GmbH«. In Serbien – beim Sturz von Slobodan Milosevic – hatte deren ausgeklügelte Taktik vorzüglich funktioniert. Die Vernichtung der Infrastruktur und der Industrieanlagen Serbiens durch die US Air Force, die von einer Reihe deutscher Offiziere als zweifelhafte Maßnahme am Rande des Kriegsverbrechens empfunden wurde, hatte Belgrad »weichgeklopft« für den Regimewechsel. Nach dieser gelungenen Generalprobe begaben sich die Experten nach Georgien, um Eduard Schewardnadse, der gewiß als Staatschef schwer erträglich geworden war, dem aber die Deutschen aus der Zeit der Wiedervereinigung einiges schulden, durch die Erstürmung des Parlaments von Tiflis am 22. November 2003 aus dem Sattel zu werfen.

Der jugendliche Herausforderer, ein in den USA ausgebildeter Jurist namens Michail Saakaschwili konnte über eine buntgescheckte, aber perfekt geschulte Truppe von »Landsknechten« verfügen, die in Belgrad unter dem Namen »Otpor« und in Tiflis als »Kmara«, das heißt »Genug«, die Aktion steuerte. Der Coup reüssierte. Die westlichen Politiker und Medien jubelten [393/394] über den Sieg der »Rosen-Revolution«. Daß sich inzwischen der Hitzkopf Saakaschwili als kleiner Diktator zu erkennen gibt und die Korruption des neuen Regimes der des Vorgängers nicht nachsteht, will in Washington oder Berlin niemand zur Kenntnis nehmen, denn auch Georgien wird als künftiger NATO-Partner gehandelt. Ein massives Aufgebot amerikanischer Militärs, dar- unter auch ein Dutzend deutscher Offiziere, ist in diesem Sinne bereits tätig, und Tiflis pocht mit energischer Unterstützung aus Washington an die Pforten der Brüsseler Gemeinschaft.

Wladimir Putin, der Saakaschwili als einen persönlichen Feind betrachtet, verfügt – das sollte man nicht vergessen – über erhebliche Druckmittel gegen Tiflis. In zwei Autonomen Regionen Georgiens, in Abchasien und Süd-Ossetien, ist die Sezession bereits vollzogen und die dortige georgische Bevölkerung weitgehend vertrieben. Ich kann auf meine Inspektion des seltsamen Gebildes Süd-Ossetien im Frühjahr 1996 zurückblicken, die ich in Begleitung eines deutschen, eines georgischen und eines südossetischen Offiziers – vier Mann in einem Jeep – vornahm. Dieses winzige Territorium, dessen Einwohner überwiegend der iranischen Volksgruppe der Ichnen und der russisch-orthodoxen Kirche angehören, ragt wie eine Speerspitze in das Herzgebiet Georgiens unweit des Geburtsortes Stalins in Gori. Dieser Mini-Staat ist mit Nord-Ossetien, jenseits des Kaukasus, durch einen Tunnel verbunden, den wohl kein Ausländer jemals besichtigen durfte. Süd-Ossetien eignet sich vorzüglich – falls es zu ernststen Auseinandersetzungen mit Moskau käme – als Ausgangspunkt für Sabotage-Akte

gegen die Pipeline Baku-Ceyhan. Wenn man hinzufügt, daß das russische Oberkommando in Grosny die Georgier stets verdächtigt, über das Kaukasus-Tal von Pankisi und den dortigen Paß Nachschub für die tschetschenischen Aufständischen passieren zu lassen, läßt sich ermessen, wieviel Zündstoff sich in diesem Raum angehäuft hat.

Inzwischen holte die rastlose Truppe der Revoluzzer zu einer Destabilisierung der Dynastie Alijew in **Aserbeidschan** aus. Der dortige Potentat Ilham Alijew, Sohn des Politbüro-Mitglieds Hai-dar Alijew, zeigte sich den amerikanischen Forderungen gegenüber jedoch nachgiebig. Er läßt seine Spezialtruppen durch US- [394/395] Instrukteure ausbilden und stimmt die eigene Ölförderung so eng mit den amerikanischen Konzernen ab, daß jeder Versuch, diesen ergebene Kollaborateur zu beseitigen, sich kontraproduktiv auswirken müßte. Mit Ilham Alijew und Michail Saakaschwili sind die idealen Partner installiert, um den Transport des Kaspischen Petroleums durch eine neue Pipeline über den Süd-Kaukasus und Ost-Anatolien an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu garantieren. Das Unternehmen »Joch«, das bereits für Aufruhr in Baku die vorbereitende Wühlarbeit eingeleitet hatte, wurde also eilends zurückgepfiffen und unter der Parole »Pora« nach Kiew umdirigiert.

Der Bau der wichtigen Erdölleitung nach Ceyhan war übrigens von Zbiegniew **Brzezinski** höchst persönlich angebahnt worden und ist auch in seinem Buch »**The Grand Chessboard**« erwähnt: »Ein unabhängiges Aserbeidschan, das mit den Märkten des Westens durch Pipelines, die nicht durch russisch kontrolliertes Gebiet verlaufen, verbunden ist, wird außerdem für die kochentwickelten, auf Energie angewiesenen Volkswirtschaften ein Einfallstor zu den energiereichen zentralasiatischen Republiken sein. Fast wie im Fall der Ukraine ist auch die Zukunft Aserbeidschans und Zentralasiens für das Wohl und Wehe Rußlands bestimmend.« Auch die Elite amerikanischer Polit-Veteranen – Kissinger, Baker, Scowcroft – ist offenbar an diesem lukrativen Unternehmen beteiligt.

An dieser Stelle lohnt es sich, den Autor **Brzezinski** in einem anderen Zusammenhang unter die Lupe zu nehmen. Er schreibt nämlich: »Diese Bemühungen (den veränderten Realitäten einer Weltmacht Rechnung zu tragen) werden den zusätzlichen historischen Vorteil haben, von dem neuen Netz globaler Verbindungen zu profitieren, das außerhalb des traditionellen Systems der Nationalstaaten exponentiell wächst. Dieses von multinationalen Korporationen, Organisationen – regierungsunabhängig und oft transnationalen Charakters – geknüpfte Netz schafft bereits ein informelles Weltsystem, das an sich schon einer institutionalisierten und engeren globalen Zusammenarbeit entgegenkommt.« In diese Vision einer »brave new world«, die hier entworfen wird, reihen sich auch das Überhandnehmen und das Anschwellen [395/396] jener »Military private firms« ein, die an sämtlichen Krisenherden, auf fast allen Kriegsschauplätzen anzutreffen sind und eine sinistre Rolle im Auftrag von Regierungen, mehr noch von großen Wirtschaftskonzernen ausüben. An erster Stelle stehen die global agierenden Konzerne, die sich den Zugang zu Petroleum, Diamanten, Koltan und anderen überwiegend strategischen Bodenschätzen zu sichern suchen.

**Diese Parallelarmeen von hochqualifizierten »Söldnern«, die in den USA, Kanada und Großbritannien ganz offiziell registriert sind, stellen allein im Irak ungefähr 20000 sogenannte Contract Workers, die teilweise als Spezialisten für die Wartung von gepanzertem Fahrzeug eingesetzt sind, teilweise aber auch als Experten für besonders grauenhafte Verhörmethoden.**

In welcher Amtsstube die abstruse Vorstellung herangereift ist, die entlegene zentralasiatische Gebirgsrepublik **Kirgistan** in diese **Orgie von Umsturz und »Pseudo-Demokratisierung«** einzubeziehen, ist nicht bekannt. Anfangs hatte der kirgisische Präsident Askar Akajew einen relativ guten Ruf genossen, war er doch der einzige unter den neuen »Emiren« Zentralasiens, der nicht auf eine führende Position in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zurückblickte. Aber irgendwer hatte beschlossen ihn abzusetzen und zu diesem Zweck, mit den bewährten Mitteln und einer Vielzahl von NGOs, in der Hauptstadt Bischkek die sogenannte »Tulpen-Revolution« ausgelöst. Die Mißwirtschaft in diesem asiatischen Kleinstaat war gewiß skandalös, aber wo ist sie das nicht. Bei der Vorbereitung ihres Afghanistan-Feldzuges hatte die **US Air Force den Flugplatz Manas nahe der Hauptstadt Bischkek**

zu einem hochgerüsteten Stützpunkt ausgebaut. Das geschah in vollem Einverständnis mit den örtlichen Machthabern.

Statt einen neuen, integren und ehrbaren Regierungschef nach dem Aufruhr gegen Akajew zu installieren, verfiel die amerikanische Planung jedoch ausgerechnet auf Felix Kulow, Akajews früheren Geheimdienstchef, und entfesselte damit ein Chaos, mit dem niemand gerechnet hatte. Bischkek wurde von einer **Welle der Plünderung und Verwüstung** heimgesucht, während die alte Feindschaft hochkochte zwischen dem Staatsvolk der Kirgisen –den Kasachen eng verwandt – und der beachtlichen Minderheit [396/397] der Usbeken, die im Süden bei Osch am Rande des Fergana-Tals siedeln. Dabei hatte der US-Botschafter Young alle Register gezogen. Unter persönlichem Einsatz prominenter amerikanischer Senatoren wurde für die Aufwiegelung der Opposition eine aufwendige Druckerei – Eigentum des State Department – zur Verfügung gestellt. Als flammende Propagandistin für die Herstellung von »freedom and democracy« wurde die Journalistin Rina Prischwoit rekrutiert. Beim Publikum litten ihre Auftritte unter der Tatsache, daß sie nicht Kirgisin, sondern Tatarin ist. Bei dem Flop von Bischkek, wo die neue Mannschaft von den Amerikanern sofort nach Regierungswechsel eine – wie man vernimmt – um das Zehnfache erhöhte Pachtgebühr für die Benutzung der Flugbasis Manas verlangte, hatte der allgegenwärtige Milliardär **George Soros** wieder am Hebel gesessen. Präsident Akajew mußte am 24. März 2005 seine kirgisische Heimat fluchtartig in Richtung Moskau verlassen. Die Morde an führenden Politikern reißen seitdem nicht ab, und Bischkek lebt in Erwartung neuer Unruhen. **Von der »Tulpen-Revolution« spricht man im Volksmund inzwischen als »Banditen-Revolution«.**

Wer kann sich nach solchen Extravaganzen wundern, daß der belarussische Staatschef Lukaschenko die Soros-Stiftung des Landes verwies, die dubiosen NGOs einer strengen Kontrolle unterwarf und ein Szenario verhinderte, das unter dem Code-Namen »Subr«, das heißt Wisent, zu einer Wiederholung des Orange-Spektakels nunmehr in Minsk ansetzte? In Zentralasien zog der Diktator von Usbekistan, Islam Karimow, ebenfalls die Konsequenz aus dem Tumult von Bischkek. Er schloß den amerikanischen Stützpunkt bei Taschkent und kündigte die enge militärische Zusammenarbeit mit den USA auf.

Zitieren wir noch einmal den ehemaligen Sicherheitsberater **Brzezinski**: »Die Politik der USA muß unverdrossen und ohne Wenn und Aber das Ziel verfolgen, die bestehende Position Amerikas für mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu konsolidieren.« Diese **überhebliche Forderung** wurde wohlweislich vor dem Debakel der US-Marines in Faluja und vor der von den Jihadisten erzwungenen Räumung der irakischen Provinz El Anbar durch die US Army erhoben.

397

-----  
Die folgenden Zeilen bilden den Schluß des ganzen Buches. Seite 416 f

Der Stadt Lugansk merkt man an, daß der Donbas doch zu den privilegierten Gegenden der ehemaligen Sowjetunion zählt. Bemerkenswert sind die Kuppeln der orthodoxen Gotteshäuser, die zahlreich aus dem Boden wachsen. Vor der Weiterfahrt in Richtung russische Grenze lasse ich vor einem pathetischen Kriegerdenkmal halten. Der vorstürmende Rotarmist, der die Kalaschnikow wie ein Schwert hochhält, soll an die Rückeroberung von Lugansk durch die Sowjetarmee im Sommer 1943 gemahnen. Ich nehme mir an dieser Stelle vor, die Landschaftsszenen in der Fernseh-Dokumentation, die ich dem Thema »Rußland im Zangengriff« widmen werde, musikalisch mit jenen dröhnenden Klängen der »Preludes« von Liszt zu untermalen, die zu Zeiten des Dritten Reiches die Sondermeldungen über Erfolge des Unternehmens »Barbarossa« begleiteten. Dabei bedenke ich nicht, daß die Generation der Nachgeborenen gar nicht den Sinn dieser Reminiszenz erfassen kann.



Unser Fahrer und Beschützer hat sich meist in Schweigen gehüllt. »Wir sind nur noch ein kleines Stück von der neuen Grenze entfernt, die die Ukraine von Rußland trennt«, sagt er jetzt, »wenn Sie kein Visum besitzen, sollten wir vor dein Kontrollposten haltmachen.« Wir verharren eine Weile in der Betrachtung der endlosen Monotonie. Unerwartet bricht es aus Wladimir hervor, und er holt zu einer eloquenten Rede aus, die ich ihm gar nicht zugetraut hätte:

**»Wie weit wollen die Amerikaner denn noch mit ihrem NATO-Bündnis nach Osten vordringen, und welche Feindschaft gegen Rußland tragen sie hier aus? Ihr Deutschen habt in diesem Raum doch ausreichend bittere Erfahrungen gesammelt. Warum macht Berlin diese unsinnige Politik mit? Die Deutschen sollten es doch besser wissen. Habt ihr denn ganz vergessen, daß 300 Kilometer von dem Punkt entfernt, an dem wir jetzt stehen, eine Stadt an der Wolga liegt, die einst den Namen Stalingrad trug?«**

## Das Amerika-Haus<sup>5</sup>

MOSKAU, ENDE MÄRZ 2006

Das »Russische Institut für USA- und Kanada-Forschung« ist noch immer in einem Winkel der Chlebny-Gasse untergebracht und schwer zu finden. Dieses politische Studienzentrum ist der berühmten Akademie der Wissenschaften angeschlossen, die von Peter dem Großen gegründet wurde, aber es muß sich weiterhin mit einem schäbigen Gebäude in einem tristen Hinterhof begnügen. Wie vor vierzehn Jahren verweist mich der gelangweilte

mit müder Handbewegung auf ein Labyrinth von Treppen und Gängen, das sich als Kafka-Kulisse eignen würde. In einem ärmlich möblierten Raum, dessen Wände durch Bücher-Regale verstellt sind, treffe ich nach einigem Suchen meinen Gesprächspartner, Professor Viktor Kremenjuk, der sich mühsam hinter dem mit Schriftstücken übersäten Schreibtisch erhebt.

Der angesehene Wissenschaftler mit dem etwas wirren grauen Haar und den müden blauen Augen hinter Brillengläsern entspricht ein wenig dem Typus des Professor Nimbus. Kategorische Aussagen über das Verhältnis Rußland-Amerika, die ich von ihm erhoffte, werde ich hier kaum zu hören bekommen. Als einzige Dekoration des Büros fällt mir eine Reihe vergilbter Photographien über der obersten Borte auf. Dort sind Roosevelt und Kennedy, Gorbatschow und de Gaulle in seltsamer Assoziation aufgereiht. Von Kreineniuk werde ich wohl nicht das häufig geäußerte Urteil über Gorbj vernehmen: **»Er glaubte, ins Wasser springen zu können, ohne sich naß zu machen.«** Unsere Konversation verläuft höflich, aber unverbindlich und wenig aufschlußreich. Offenbar geht dieser Amerika-Experte davon aus, daß der bellizistische Eifer der Neokonservativen, als deren dezidiertester Wortführer Vizepräsident Dick Cheney auftritt, durch den mäßigenden Einfluß der Außenministerin Condoleezza Rice in Zaum gehalten werde. -She speaks nicely Russian«, führt Kremenjuk zur Unterstützung seiner These an, und ich zögere nicht, meine Skepsis anzumelden.

[155/156]

Im Amerika-Institut, so kommt es mir vor, trauern manche führenden Köpfe dem gescheiterten Perestroika-Experiment nach und leiden immer noch an ihrem Unterlegenheitskomplex gegenüber den USA. So vernehme ich mit Erstaunen, daß **die spektakuläre Versöhnung, die George W. Bush mit dem libyschen Oberst.Muammar el Qadhafi** zelebrierte, mit dem einzigen Diktator der Welt, der tatsächlich den internationalen Terrorismus von Irland bis zu den Süd-Philippinen nach Kräften förderte und für die mörderische Sprengung von Passagierflugzeugen verantwortlich ist, **als Modell** künftiger

---

<sup>5</sup> Peter Scholl-Latour, a.a.O., S. 155- 157

Beziehungen mit schwierigen islamischen Partnern dienen könne.

Ob denn Rußland die kompromißlose Ausdehnung der Atlantischen Allianz in Osteuropa, im Kaukasus, ja in Zentralasien reaktionslos hinnehmen könne, forsche ich weiter. Doch ich erhalte nur die **resignierte Antwort: »Sollen wir uns denn in einen neuen Kalten Krieg einlassen?«** Dabei ist die Diskussion über einen solchen fatalen Rückfall in den Ost-West-Konflikt bei amerikanischen Kommentatoren zu einem geläufigen Kolumnenthema geworden. Die »Financial Times«, so zitiere ich, vergleicht die Anschuldigungen Cheneys, Rußland benutze den Export seiner immensen Erdöl- und Gasreserven »als Instrumente der Einschüchterung und Erpressung«, mit der Rede, die Winston Churchill 1946 in Fulton hielt, als er vor dem Niedergehen eines »Eisernen Vorhangs« in Europa warnte. Auch in der ChlebnyGasse von Moskau dürfte sich ja herumgesprochen haben, daß, während der US-Vizepräsident in Kasachstan und Turk-iiiienistan auf den Bau von Pipelines drängte, deren Verlauf Rußland umgehen und von direkten Lieferungen ausschließen würde, Condi Rice simultan in Ankara und Athen vorstellig wurde, um die Entscheidung für die georgisch-kaukasische Trasse **auf Kosten der angestammten russischen Transportwege zu erzwingen.** Amerikanische Politologen haben längst bemerkt, daß die Übergangsphase nach dem Ende des Kalten Krieges, die »post-Cold War world«, durch eine »post-post-Cold War«-Periode abgelöst wird, die die kurze, monopolare »belle epoque« der amerikanischen »Hypermacht« mit einer zunehmend multipolaren Kräfte-Entfaltung konfrontiert.

[156/157]

Bevor ich nach Moskau aufbrach, hatte mir der russische Botschafter in Berlin, Wladimir Kotenew, die Lektüre des Buches »The Grand Chessboard« ans Herz gelegt. Der Autor Zbigniew Brzezinski hatte unter Jimri-iy Carter als nationaler Sicherheitsberater amtiert. Man mag entgegenhalten, daß die Präsidentschaft Carters schon einige Zeit zurückliegt und daß **die polnische Abstammung Brzezinskis nicht gerade einer objektiven Einschätzung der russischen Absichten dienlich** sei, aber dieser Historiker war der Lehrmeister Madeleine Albright's gewesen, die unter Bill Clinton Außenministerin war. Die Imperative amerikanischer Diplomatie und Strategie, die Brzezinski aufzeichnet, scheinen zudem dem bei George W. Bush und seinen Neo-Cons auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein.

Diese Studie, die auf Deutsch unter dem Titel »Amerikas Strategie der Vorherrschaft« erschienen ist, besticht durch ihre brennende Aktualität. So zitiert Brzezinski den vor mir sitzenden Professor Kremenjuk mit folgender Aussage: »Die Vereinigten Staaten und die Länder der NATO sind dabei - obzwar unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf Rußlands Selbstachtung, aber nichtsdestoweniger entschieden und beharrlich -, **die geopolitischen Grundlagen zu zerstören**, die, zumindest theoretisch, Rußland die Hoffnung lassen könnten, sich in der Weltpolitik den Status der Nummer zwei zu sichern, den früher die Sowjetunion innehatte.«

Der russische Politologe unterstellt Washington, daß »die voll Westen betriebene Neuordnung des europäischen Raumes im Grunde von dem Gedanken geleitet ist, in diesem Teil der Welt neue, relativ kleine und schwache Nationalstaaten durch die mehr oder minder enge Bindung an die NATO, die EU und dergleichen zu stärken.« Das Zitat aus »The Grand Chessboard« - der Titel lehnt sich bewußt an den Ausdruck »The Great Game« an, das »Große Spiel«, das um 1900 zwischen Rußland und Großbritannien in den Weiten Zentralasiens ausgetragen wurde - gipfelt in der Frage Brzezinskis: **»Kann Rußland gleichzeitig ein mächtiger Staat und eine Demokratie sein?«**

Im Austausch mit Professor Kremenjuk überrascht mich seine Verhaltenheit und Vorsicht.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> An dieses hier abgebrochene Kapitel schliesst sich im Buch von Scholl-Latour ein Kapitel über „Die neue Smuta“, eine Zeit der Wirren im ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert an. Puschkin hat den schier aussichtslosen Niedergang der Heimat, der „Rodina“ mystisch beschrieben: »Herr, wir haben im Dunkeln uns verirrt! Teufel haben sich unsrer bemächtigt, zerren und wenden uns mit Dämonenmacht wirr im Kreise herum, im Schneesturm und in der Nacht.«

## Die NATO drängt nach Osten<sup>7</sup>

Man mag Amerika bei der Beurteilung und Behandlung des postkommunistischen Rußlands fehlerhafte Konzepte und hegemoniale Arroganz vorwerfen. Dabei mangelt es jedoch nicht an Kontinuität. Zbigniew Brzezinski mochte als Nationaler Sicherheitsberater des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter einem ganz anderen, geradezu konträren Lager angehört haben als die neokonservativen Vertrauten des Republikaners George W. Bush. In der Absicht, Moskau auf den Status einer zweitrangigen Macht zu reduzieren und zu diesem Zweck die NATO als gefügiges Instrument amerikanischer Expansion zu benutzen, besteht eine frappierende Übereinstimmung. Schon im Jahr 1997 erteilte Brzezinski den bereits erwähnten Ratschlag: »Wie weit sollte sich die Europäische Union nach Osten erstrecken? Und sollten die Ostgrenzen der EU zugleich die östliche Frontlinie der NATO sein? Ersteres ist mehr eine europäische Entscheidung, wird sich aber unmittelbar auf eine NATO-Entscheidung auswirken. Diese allerdings betrifft auch die Vereinigten Staaten, und die Stimme der USA ist in der NATO noch immer maßgebend. Da zunehmend Konsens darüber besteht, daß die Nationen Mitteleuropas sowohl in die EU als auch in die NATO aufgenommen werden sollten, richtet sich die Aufmerksamkeit auf den zukünftigen Status der baltischen Republiken und vielleicht bald auf den der Ukraine.«

In Jewgeni Primakow, der zu jener Zeit russischer Außenminister war, sah der Amerikaner polnischer Abstammung einen gefährlichen Gegenspieler. In Brzezinskis »The Grand Chessboard« finden wir einen strategischen Entwurf, der heute überaus aktuell klingt:

**»Anfang 1996 ersetzte Präsident Jelzin seinen westlich orientierten Außenminister Kosyrew durch den erfahreneren, aber zu Sowjetzeiten linientreu kommunistischen Fachmann für internationale Beziehungen Jewgeni Primakow, dessen Interesse seit langem schon dem Iran und China galt. Einige russische Kommentatoren stellten bereits die Vermutung an, daß es unter Primakow schneller zu einer neuen antihegemonialen Koalition jener drei Mächte kommen werde, die an einer Schwächung der amerikanischen Position das größte geopolitische Interesse haben. Bestärkt wurde dieser Eindruck durch die ersten Reisen, die Primakow als neuer Außenminister unternahm, sowie einige seiner anfänglichen Äußerungen. Zudem schienen die chinesisch-iranische Verbindung im Waffenhandel wie auch die Neigung Rußlands, dem Iran größeren Zugang zur Kernenergie zu verschaffen, ideale Voraussetzungen für einen engeren politischen Dialog und schließlich für ein Bündnis zu bieten. Im Ergebnis könnten sich so, zumindest theoretisch, die führende slawische Macht, die militanteste islamische Macht und der bevölkerungsreichste und mächtigste asiatische Staat zusammenfinden und eine starke Koalition auf die Beine stellen.«**

Was schließlich die Beziehungen zwischen den beiden »Pfeilern« der Atlantischen Allianz betrifft, so sollten sich die bedingungslosen Befürworter der amerikanischen Führungsrolle in Europa folgende Passage Brzezinskis zu Herzen nehmen:

**»Europa ist Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent. Die Alte Welt ist für die USA von enormem geostrategischem Interesse. Anders als die Bindungen an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluß und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerikanisch-europäischen Beziehungen, da die verbündeten europäischen Nationen immer noch stark auf den Sicherheitsschild der USA angewiesen sind, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automatisch auch die direkte Einflußsphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlantischen Bindungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell dahin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluß und Macht tiefer in den euroasiatischen Raum**

---

<sup>7</sup> Warum wir Europäer, speziell wir Deutsche - für die Amerikaner den Wirtschaftskrieg gegen Russland führen sollen: Peter Scholl-Latour, a.a.O. Seite 180- 185 erläutert.

**hinein geltend zu machen, wären dann äußerst begrenzt.«**

Noch heute fragen sich die politischen Analysten in Moskau, aus welchem Grunde die USA die gewaltigen Zugeständnisse, die Gorbatschow der westlichen Allianz durch seine Zustimmung, ja seine stillschweigende Förderung der deutschen Wiedervereinigung gewährte, in keiner Weise honoriert haben. Das Gegenteil war der Fall. Die NATO hatte sich auf die zerbrechende Sowjetunion wie auf ein waidwundes Tier gestürzt, als der letzte Generalsekretär der KPdSU seine Bereitschaft zur Kapitulation zu erkennen gab. Die sowjetische, dann die russische Führung wurde systematisch über den Tisch gezogen. Sämtliche Zusagen wurden widerrufen. Wie eine Art »Juggernaut« – der Vergleich stammt von einem britischen Diplomaten, der lange in Indien gedient hatte – bewegte sich der erdrückende militärische Apparat der NATO gen Osten.

Dabei hatte der damalige US-Außenminister **James Baker**, ein enger Vertrauter der Familie Bush, 1991 Michail Gorbatschow gegenüber versichert: »Wir sind der Meinung, daß die Konsultationen und Diskussionen im Rahmen des Mechanismus Zwei plus Vier die Garantie dafür geben sollen, daß die Vereinigung [182/183] Deutschlands nicht zur Erweiterung der militärischen Organisation des Atlantik-Paktes gen Osten führen soll.« Im Frühjahr 1990, so erinnert sich **Primakow**, habe Gorbatschow sich noch der Illusion hingeeben, man könne die sowjetische Zustimmung zum Abzug einer halben Million Soldaten aus der DDR mit dem Ausscheiden der Bundesrepublik West aus der NATO verknüpfen.

Von **Helmut Kohl, der es mit seiner Absicht, Rußland zu schonen, im Gegensatz zu James Baker** ernst meinte, ist in Moskau folgende Aussage vom 10. Februar 1990 mit Gorbatschow festgehalten: »Wir sind der Meinung, die NATO solle die Sphäre ihrer Aktivität nicht erweitern. Hier muß man eine vernünftige Lösung finden. Ich verstehe die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ich bin mir dessen bewußt, daß Sie, Herr Generalsekretär, und die sowjetische Führung das Geschehen der Bevölkerung der UdSSR werden verständlich machen müssen.«

Francois Mitterrand, der vergeblich versucht hatte, den nationalen Zusammenschluß zwischen Rhein und Oder zu verhindern, äußerte sich am 6. Mai 1991 mit folgender Warnung: »Die ehemaligen . . . Mitglieder des Warschauer Paktes werden danach streben, ihre Sicherheit durch separate Vertragsabschlüsse zu gewährleisten. Mit wem? Offenkundig mit der NATO. Aber eine solche Perspektive **wird das Gefühl der Isolierung und sogar der Umzingelung bei der UdSSR hervorrufen.** Ich bin davon überzeugt, daß ein solcher Weg nicht der richtige für Europa ist.«

Schon Valentin Falin hatte inir gegenüber in anklagendem Ton bedauert, daß Gorbatschow auf westliche Kompensation verzichtet habe – außer einer lächerlichen Summe von 14 Milliarden US-Dollar –, daß er den Verzicht der Atlantischen Allianz, nach Osten zu expandieren, der ihm von amerikanischer Seite expressis verbis zugesagt war, in keine vertragliche Foren gekleidet, sondern sich mit verbalen Versprechen begnügt habe, die für die Nachfolgadoadministration in Washington keinerlei zwingende Verpflichtung enthielten. **Der Vorwurf, leichtfertige Preisgabe, ja unbewußten Landesverrat betrieben zu haben, ist seitdem an der Moskwa nicht verstummt.**

Ich will hier nicht die These aufwärmen, die mehrfach an mich herangetragen wurde, daß nämlich das Honecker-Regime durch [183/184] einen Dolchstoß aus dein Kreml und nicht durch eine »deutsche Revolution« zu Fall gekommen sei. Eines ist sicher: Die von Gorbatschow ohne Gegenleistung akzeptierte Wiedervereinigung Deutschlands löste einen Erdrutsch aus, dessen globale Auswirkungen sich auch heute noch nicht ermessen lassen. Dem Vordringen der NATO nach Osten folgte stets – mit kurzem Abstand – die entsprechende Aufnahme in die Europäische Union. Auch dazu äußert sich Primakow: »Kein Land hätte sich mit der Idee des NATO-Beitrittes getragen, hätte es sich damit nicht im Einklang mit der Politik der USA gewußt. Denn nach dein Ende des Kalten Krieges veränderte sich die Situation schnell. Europa beschritt den Weg der Integration. Die ersten Konturen eines der mächtigsten Zentren der neuen Weltordnung zeichneten sich ab. Innerhalb der NATO gewinnt das europäische Element mit seiner historischen Perspektive mehr und mehr Gewicht. Gerade eine solche Entwicklung dürfte Washington bewogen haben, seine Stellung innerhalb der NATO und folglich in Europa zu festigen. Die NATO-Erweiterung durch neue Mitglieder, die den USA hörig sind,

bietet der amerikanischen Politik in Europa beträchtliche Chancen.«

Wer dächte da nicht an die heftigen Kontroversen im Weltsicherheitsrat, als sich vor Beginn des amerikanischen Feldzuges »Iragi Freedom« eine kontinentale Spaltung vollzog zwischen dem von Donald Rumsfeld geschmähten »alten Europa« – Deutschland und Frankreich – einerseits und der »Koalition der Willigen« andererseits, in der sich sämtliche neuen NATO-Staaten Osteuropas wiederfanden. Im russischen Außenministerium wurden **drei Alternativen** erwogen, um der systematischen Ausdehnung des Atlantischen Bündnisses zu begegnen: **Die erste** hätte darin bestanden, Front zu machen und **sich auf die Wiederaufnahme des Kalten Krieges einzustellen**. Andere plädierten dafür, diesen »Drang nach Osten«, der zunehmend auch auf die kaukasischen und zentralasiatischen Staaten übergriff, **resigniert hinzunehmen**, was einer Kapitulation nahegekommen wäre. **Schließlich** entschied sich die russische Diplomatie für **eine dritte, inhaltliche Strategie**: Die strikte Ablehnung der Ost-Erweiterung wurde energisch betont; gleichzeitig sollten alle Maßnahmen<sup>[184 /185]</sup> getroffen werden, um sie einzudämmen und zu konterkarieren.

So abstrus es klingen mag, sogar der Beitritt Rußlands zur NATO stand zur Debatte. Es war darüber zu einem heftigen Disput zwischen dem Oligarchen Boris Beresowski, der der »Familie« Jetzins sehr nahe stand, und Jewgeni Primakow in dessen Eigenschaft als Premierminister gekommen. Die Gegnerschaft zwischen den beiden Männern saß tief. »Uns trennt unser Verhältnis zur NATO«, hatte Beresowski zu Primakow gesagt. »Ich bin der Meinung, Rußland solle der NATO beitreten, und Sie sind dagegen.« Die Bindung des Oligarchen an gewisse amerikanische Interessen war wohl so flagrant, daß er sich nach der Machtübernahme Wladimir Putins in der Befürchtung, ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie Michail Chodorkowski, rechtzeitig ins israelische Asyl absetzte.

Die radikale Ablehnung einer maßlosen Expansion des Atlantischen Bündnisses bis zum West-Pazifik als Folge eines Beitritts Rußlands hatte ihre guten Gründe. Zunächst war man davon überzeugt, daß es die Amerikaner mit einer solchen Absicht gar nicht ernst meinten und die »partnership for peace« nichts als eine Schimäre war. Zudem hatte Primakow noch die Aussage des damaligen US-Sicherheitsberaters Strobe Talbott im Ohr. Dieser persönliche Freund der Bush-Dynastie hatte 1996 die NATO mit einem Flugzeug verglichen, für dessen Passagiere es keine unterschiedlichen Klassen gäbe. **»Es sind aber allein die Amerikaner, die im Cockpit dieser Maschine sitzen«** hatte der damalige Außenminister Rußlands erwidert, was Talbott mit einem wissenden Lächeln bestätigt habe.

Bei manchen deutschen Politikern mag man vorübergehend mit der Idee einer Aufnahme Moskaus in den Atlantik-Pakt geliebäugelt haben. Seit Ende des Ost-West-Konfliktes war ja das gewohnte Feindbild abhanden gekommen, und erst der »Krieg gegen den weltweiten Terrorismus« sollte dem Bündnis eine neue Motivation verschaffen, wobei man sich in Berlin offenbar nicht bewußt war, daß die NATO, die nunmehr wahllos »out of area« zu operieren begann, ihre eigentliche »raison d'etre« verloren hatte.

-----  
Ende der Auszüge aus dem Buch

## RUSSLAND IM ZANGENGRIFF

von Peter Scholl-Latour,

Berlin 2006, Propyläen - Verlag.

Zu all dem passt gut, daß die US-amerikanischen Dienste alle Deutschen von der Kanzlerin bis zu mir und zu Dir rund um die Uhr abhören. Sie werden Gründe haben.

Potsdam, 17. 3. 2014

Hans Gellhardt